

Steinerstrasse 35
Postfach
CH-3000 Bern 6
T 031 357 57 57
F 031 357 57 58



jerome.hayoz@sev-online.ch
www.sev-online.ch

Pressekonferenz SGB-Jugendkommission vom 19. Februar 2009

Die Berufsbildung darf nicht der Krise geopfert werden

Bund, Kantone und die Wirtschaft dürfen sich nicht aus der Verantwortung stehlen

Die Gewerkschaftsjugend fordert auch in Krisenzeiten einen bedachten Umgang mit der Berufsbildung. Sie appelliert an Bund, Kantone und die Wirtschaft, in Krisenzeiten bewusst auf eine qualitative und quantitative Nachhaltigkeit zu setzen. Die Schweiz braucht eine Berufsbildungsoffensive. Denn Investitionen in die Jugend sind Investitionen in die Zukunft.

Jérôme Hayoz, Gewerkschaftssekretär SEV

Die Zahl der Jugendlichen, die in Zukunft auf den Markt drängen, wird rückläufig sein. Das wäre eigentlich eine Chance das immerwährend knappe Angebot an Lehrstellen anzugehen. Leider sank jedoch in der Vergangenheit mit einer Krise auch die Anzahl an Lehrstellen. Und wieder muss die Gewerkschaftsjugend feststellen, dass in den aktuellen Massnahmepaketen gegen die Wirtschaftskrise die Berufsbildung keinen Platz findet und sich der Bund, die Kantone und auch die Wirtschaft der bekannten Probleme im Berufsbildungswesen nicht wirklich annehmen wollen.

Die Ausbildungslandschaft verändert sich permanent, den Jugendlichen wird eine Vielzahl von Möglichkeiten angeboten, dennoch können immer mehr Jugendliche diese Möglichkeiten nicht wahrnehmen.

Noch immer haben das Geschlecht, die Nationalität und die soziale Herkunft bei der Lehrstellensuche einen entscheidenden Einfluss. Viele Jugendliche, die sozial auffällig sein sollen oder schulisch keine Spitzenleistungen bringen, fallen zwischen Stuhl und Bank.

Der heutige ideale Jugendliche muss eine Musterschülerin/ein Musterschüler sein; er weiss, was Gehorsam bedeutet und geht strebsam seinen Weg. Weichen Jugendliche von diesem Idealbild ab, wird ihre Suche nach einem Ausbildungsplatz bereits schwieriger.

Eine steigende Zahl von Jugendlichen, deren schulischen Leistungen es erlauben, entscheiden sich immer mehr für eine weiterführende Schule, da ihre Zukunftsaussichten über diesen Weg besser sind.

Der Bund, die Kantone und die Wirtschaft tun zu wenig zur Attraktivitätssteigerung der Berufslehre, viel mehr klagen sie seit geraumer Zeit über die wählerische Jugend, deren Mangel an Flexibilität bei der Berufsbildungswahl oder andererseits über die sich verschlechternden Selektionsmöglichkeiten bei den Bewerbenden.

Deshalb müssen sofort Massnahmen ergriffen werden, um die Attraktivität des erfolgreichen Weges der dualen Berufsbildung wieder zu steigern.

Die Berufslehre muss in vielen methodischen Belangen zeitgemässer werden, wir brauchen mehr Mitbestimmung der Auszubildenden am Arbeitsplatz, aber auch in den Berufsschulen. Auch müssen die Berufsbildungsangebote für schulschwache Jugendliche gefördert werden. Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind geschaffen, nur will sich kein Akteur der Berufsbildung dieser Jugendlichen wirklich annehmen.

Wir brauchen den Jugendschutz, den wir einmal im Ansatz hatten, denn Nacht- und Sonntagsarbeit sind während der Lehre nicht nur Gift für die schulischen Leistungen eines Auszubildenden, sondern noch vielmehr für seine Gesundheit. Ebenso brauchen wir eine neutrale und der Ausbildungsqualität verschriebene Lehraufsicht. Jede Auszubildende soll wissen, dass bei Problemen eine Instanz für sie da ist.

Kurz gesagt: Die Jugendlichen der Schweiz brauchen eine kohärente, ganzheitliche und nachhaltige Offensive zur Qualitätssteigerung in der Berufsbildung. Daher muss die Berufsbildung einen Platz in den Konjunkturpaketen haben. Damit investieren wir wirkungsvoll und nachhaltig in die Zukunft der Schweiz.

Berufsbildungsoffensive – jetzt!